Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,89 Mk.

Es werden Anzeigen die Grundzeile oder deren Raum (50 mm) mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile (100 mm) mit 50 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg., Belags- oder einzelne Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Gegründet 1828.

Fernsprechanschluß 16.

Amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Telegrammanschrift: Wanderer Gleiwitz.

Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

236. Gleiwitz, Mittwoch, den 12. Oktober 1898. 71. Jahrgang.

Ein mißlungener Streich.

Nach dem „Droits de l'Homme" spricht man gegenwärtig in Paris von einem neuen Fälscher-Skandal, der wahrscheinlich nicht lange geheim gehalten werden kann. Vor einigen Tagen, so erzählt, erhielt Herr Georges Clemenceau ein Schreiben, in dem Unbekannter sich erbötig machte, sich für den Urheber der Depesche („le petit bleu") auszugeben, um auf diese Weise den Lieutenant Picquart vollständig zu entlasten. Der Briefschreiber erbötig, in einem Stelldichein, das er gleichzeitig gab, den Beweis zu erbringen, daß der von ihm ausgeheckte Plan sehr leicht durchgeführt werden könnte. Clemenceau, der offenbar die Geschichte des „Petit bleu" sehr genau unterrichtet ist, sah hinter dem Briefe eine Falle oder einen Schwindel und gab das Schreiben dem Polizeipräfekten Blanc, der einen geriebensten Geheimagenten zum Stelldichein sandte. Blanc merkte bald, mit wem er es zu thun hatte, und brachte den Kannten zur Polizei, wo dieser sich als einer der gewöhnlichen Leute des Generalstabs entpuppte. Man hatte offenbar einen Lemercier-Picard gefaßt, der aber nicht, wie der erste, in Anfälle von Melancholie einen Selbstmord an sich begehen wird. Die Angelegenheit wird gegenwärtig sehr gründlich und dürfte noch ganz interessante Enthüllungen bringen. „Figaro" berichtet über diese Angelegenheit weiter: Clemenceau den Brief, der eine Antwort postlagernd Bureau 104 verlangte, Polizeipräfekten, damit er das Weitere veranlasse u. Clemenceau gestattete der Untersuchung mittheile. Unter dem 2. Oktb. erhielt Clemenceau von dem Polizeipräfekten die Mittheilung, daß der Briefschreiber verhaftet worden sei. Der Verhaftete, der in dem Augenblick gefangengenommen worden war, da er in dem Postbureau der Avenue de Saxe, nahe dem Marsfelde, die unter seiner Chiffre eingelangten Briefe abhob, nannte sich „Dr. Martin", wurde aber als ein mehrfach vorbestrafter Individuum, Namens Marin, erkannt. Er erklärte, er habe Clemenceau nur geschrieben, um sich davon zu überzeugen, daß der „aufrichtige Campagne" verfolge. Marin wurde der Staatsanwaltschaft übergeben und mußte dem Gesetze gemäß innerhalb 24 Stunden nach seiner Verhaftung einem ersten Verhör unterzogen werden. Der Substitut, der das Verhör vornahm und die bei Marin gefundenen Papiere prüfte, zeigte sich von den Aussagen des Verhafteten dermaßen überrascht, daß er vorerst die Weisungen seines Vorgesetzten, des Staatsanwalts Feuilloley, einholen wollte. Dieser ertheilte den Bescheid, daß das Vorgehen Marins weder ein Vergehen noch ein Verbrechen sei, worauf der Substitut Marin wieder in Freiheit setzte, aber die bei ihm gefundenen Papiere zurückbehielt. Die „Aurore" erklärt nun, daß Staatsanwalts Feuilloley, der bereits Esterhazy und Paty de Clam durch einen Kniff vor dem Schwurgerichte retteten, den der Kassationshof auf das strengste verurtheilte, bilde eine strafbare Gesetzesverletzung, da Marin entweder einen Betrug oder Fälschung zu verüben versuchte. Wenn aber die Marin zur Last gelegten Delikte nicht genügend charakterisirt wären, um eine strafgerichtlichen Untersuchung Anlaß zu geben, dann wüßte man eigentlich nicht, mit welchem Rechte die bei Marin gefundenen Papiere zurückbehalten wurden. Diese müssen wohl sehr interessant sein, so interessant, daß möglicherweise ein Mittel gemacht werden könnte, diese in Sicherheit zu bringen, was leicht durchzuführen wäre. Für die „Aurore" unterliegt es keinem Zweifel, daß besagter Marin trotz oder vielleicht wegen seiner zahlreichen Vorstrafen ein Lockspitzel des Generalstabs ist und deshalb dem Staatsanwalte Feuilloley so glimpflich behandelt wurde. In solchen Fälle wird dieser neue Zwischenfall noch weitere Enthüllungen nach sich ziehen.

Die nationalistischen Blätter spotten infolge des obigen Vorfalls neidlich über eine „militärische Verschwörung", die der Conseilpräsident Brisson in der Kammer auszuspielen gedenke, um den ihm einen Sturz zu vereiteln. Wir unterlassen es, näher auf die Einzelheiten Erfindungen einzugehen, die Herrn Brisson angedichtet werden. „Der Conseilpräsident und alle seine Kollegen kennen den Umfang ihrer Verantwortlichkeit und werden nicht zögern, Kammern die volle Wahrheit mitzutheilen, da das Schicksal der Republik auf dem Spiele steht. Sowohl Herr Brisson als alle anderen Minister sehen dem Wiederzusammentritt der Kammern mit kühlen Seelenruhe entgegen, da sie sich dessen bewußt sind, ihre Pflicht erfüllt zu haben.

Deutsches Reich.

Berlin, den 11. Oktober 1898.

Gestern Abend um 8 Uhr fand im Marmorsaal des hiesigen Stadtschlosses bei Ihren Majestäten eine Abendtafel statt. Hufeisenförmig gedeckten Tafel hatte J. M. die Kaiserin und den Mittelplatz an der Außenseite inne, gegenüber saß an der Seite S. M. der Kaiser und König. Rechts von Ihrer Majestät Königl. Hoheit Großfürst Wladimir von Rußland Platz nahm, es folgten J. G. H. Erbprinzessin von Anhalt, S. H. Ludwig von Hessen-Philippsthal und Berchfeld, Oberhofmeisterin Gräfin von Brockdorff, S. D. Prinz Aribert von Anhalt, der russische Botschaftsrath von Bonlatzell, Staatssekretär Staatsminister von Bülow. Links von Ihrer Majestät saßen Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Baden, Ihre Königliche Hoheit Großfürstin Helena von Rußland, Se. Großherzogl. H. Prinz Christian von Baden, S. H. Prinz Albert zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, Gesandter Freiherr Jagemann. Se. Maj. der Kaiser saß zwischen J. K. H. der Großfürstin Wladimir von Rußland und J. K. H. der Prinzessin Luise von Baden, nach rechts folgten S. K. u. K. H. der Kronprinz und S. K. H. Prinz Eitel-Friedrich, sowie S. D. Prinz Carl von Hohenzollern, nach links S. D. Prinz Moritz von Sachsen-Altenburg und Se. Durchl. Prinz Ernst von Sachsen-Altenburg. An der Tafel nahmen ferner Theil die Umgebungen der Majestäten und die höchsten Gäste, Herren der Russischen Botschaft, der kommandirende General des Gardecorps, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg u. A.

— Am Dienstag Abend 9 Uhr findet nach einer Meldung der „Schles. Ztg." in der Schloßkapelle zu Camenz eine Feier und darauf die Ueberführung nach der evangelischen Kirche statt. Bei der Beisetzungsfeier am Mittwoch wird der Ober-Hofprediger Dr. Dryander die Rede halten. Die provisorische Beisetzung erfolgt in der evangelischen Kirche in einem abgetrennten Theile derselben. Später wird auf dem Heutberge im Parke des Camenzer Schlosses ein Mausoleum erbaut. — Die feierliche Einsegnung der Leiche weiland Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Albrecht von Preußen findet Mittwoch Vormittag 10 Uhr in der evangelischen Kirche zu Camenz statt. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin werden der Feier beiwohnen. Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Altenburg sind bereits in Camenz eingetroffen und haben andere höchste Herrschaften ihr Erscheinen bereits in Aussicht gestellt. Die sterbliche Hülle weiland Ihrer Königlichen Hoheit verbleibt in Camenz.

— Nach einer der „Schles. Ztg." aus Camenz zugehenden Mittheilung werden auf Befehl des Kaisers an der am Mittwoch Vormittag stattfindenden Leichenfeier für die Prinzessin Albrecht theilnehmen eine Abordnung des 1. Hannoverschen Infanterieregimentes No. 74, dessen Chef die Entschlafene war, bestehend aus dem Kommandeur, einem Stabsoffizier, einem Hauptmann, einem Premierlieutenant, einem Secondelieutenant, einem Feldwebel, einem Unteroffizier und einem Gemeinen; ferner die Kommandeure des Füsilierregimentes Generalfeldmarschall Prinz Albrecht von Preußen, (Hannoversches) No. 73 in Hannover, des 1. Garde Dragonerregimentes, des Dragonerregimentes Prinz Albrecht von Preußen (litthauisches) Nr. 1 und des 1. brandenb. Dragonerregimentes Nr. 2, deren Chef Prinz Albrecht von Preußen ist.

— Infolge des Ablebens der Prinzessin Albrecht werden die kaiserlichen Majestäten die Orientreise statt am Mittwoch früh bereits am Dienstag Abend antreten, um sich zunächst nach Camenz zu begeben, um dort am Mittwoch Vormittag der Trauerfeier für die verewigte Prinzessin beizuwohnen. Von dort wird die Weiterreise über den Semmering nach Venedig angetreten, wo die Ankunft, wie bisher bestimmt, am 13. Oktober mittags 12 Uhr 45 Min. erfolgt. Nach einem Besuche bei dem König und der Königin von Italien im Königlichen Palais in Venedig schiffen sich die Majestäten im Laufe des Nachmittags an Bord der „Hohenzollern" zur Reise nach Konstantinopel ein.

— Verschiedene Blätter konstatiren, die Abberufung des Gesandten v. Bülow bedeute keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhle. Vielmehr sei die Neubesetzung des Postens durch einen bereits bestimmten Nachfolger in nächster Zeit zu erwarten. Die „Nationalztg." glaubt, der Gesandtenwechsel bedeute, daß die staatliche Auffassung derartiger Fragen wie die Protektoratsfrage zukünftig in Rom bestimmter vertreten werden solle als bisher. Die „Germania" erblickt in der Maßnahme lediglich eine diplomatische Aktion im internationalen Verkehr und vermuthet, das Auswärtige Amt wollte nicht so sehr dem Papste als dem Kardinalstaatssekretär Rampolla seine Mißstimmung über die Protektoratsfrage kundgeben und zugleich betonen, daß Deutschland selbst seine eigenen Landeskinder im Orient zu schützen gewillt und im Stande ist. Die „Kreuzzeitung" bemerkt, eine Großmacht wie Deutschland braucht keine Protektoren für ihre Unterthanen; an diese Thatsache werde man sich auch dort gewöhnen müssen, wo man lieber einige Kapitel der neuesten Geschichte streichen möchte. Die „Vossische Zeitung" erblickt in der Abberufung v. Bülow's eine höfliche Mahnung, daß man das, was sich im Vatikan abspielt, in Berlin als eine Unfreundlichkeit empfinde.

— Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Freiherr von Richthofen ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und übernahm wieder die Amtsgeschäfte.

— Gegenüber den Meldungen verschiedener Blätter, daß der durch den Tod des Wirkl. Geh. Raths Humbert erledigte Posten des Unterstaatssekretärs im Staatsministerium in allernächster Zeit neu besetzt werden solle, sind wir nach eingegangenen Erkundigungen in der Lage, zu erklären, daß an maßgebender Stelle über die Wiederbesetzung dieses Postens überhaupt noch kein Beschluß gefaßt ist.

— Gegenüber der Meldung eines englischen Blattes, der dem englisch-egyptischen Heere attachirte deutsche Hauptmann Tiedemann habe die strategisch-taktische Durchführung der Sudanexpedition einer ungünstigen Beurtheilung unterzogen, ist die „Nordd. Allg. Ztg." ermächtigt, festzustellen, daß die Meldung durchaus irrthümlich ist. Tiedemann habe im Gegentheil in seiner amtlichen Berichterstattung der vorzüglichen Leitung des Feldzuges und insbesondere der hervorragenden militärischen Eigenschaften des Sirdars Kitchener Pascha ein nach allgemeinem fachmännischen Urtheile wohlverdientes Lob zu Theil werden lassen.

— Die ordentliche Generalversammlung des Bundes der Industriellen trat gestern in Berlin in Gegenwart von Vertretern des Reichsschatzamtes, des Reichsamtes des Innern, des preußischen Handelsministeriums und anderer zusammen. Vorsitzender Commerzienrath Wirth theilte mit, der Bund zähle bereits über 2000 Mitglieder und gab einen Ueberblick über die Thätigkeit des Bundes. Dreyse-Simmerda und der Generalsekretär Wendland berichteten sodann über den wirthschaftlichen Ausschuß und die Bundesstelle zur Vorbereitung neuer Handelsverträge. Wendland führte aus, der wirthschaftliche Ausschuß stehe weder auf dem Boden des Freihandels noch auf dem des Schutzzolles und wolle in dieser Beziehung von Fall zu Fall entscheiden. — Der Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern, Schuhmacher, erörterte sodann die Nothwendigkeit der Errichtung eines deutschen Handelsmuseums. Generalsekretär Wendland pflichtete dem Vorredner bei. Geheimrath Lusensky (vom preußischen Handelsministerium) theilte mit, daß der preußische Handelsminister der Frage mit großer Sympathie gegenüberstehe, jedoch für bedenklich halte, das Museum zu einer Reichsanstalt zu machen. Es müsse jedenfalls einen privaten Charakter haben; das Reich dürfe nur moralische und materielle Unterstützung gewähren.

— Der Norddeutsche Lloyd wird mit dem am 2. November von Bremerhaven abgehenden Reichspostdampfer „Prinz Heinrich" Weihnachtspackete für die Besatzung der Schiffe des ostasiatischen Geschwaders und für die Besatzungstruppen nach Kiautschou befördern. Die Ankunft erfolgt voraussichtlich am 22. Dezember in Kiautschou. Die Fracht beträgt für ein Packet bis 5 Kilogramm 2 Mark, für jedes weitere Kilogramm 40 Pfennig. Die Annahme der Packete erfolgt vom 20. bis 27. Oktober in Bremen und Bremerhafen bei dem Norddeutschen, in Kiel bei Sartori u. Berges, in Wilhelmshaven bei Bernhard Dirks.

Braunschweig, 10. Oktober. Zu den Beisetzungsfeierlichkeiten werden sich von hier nach Camenz begeben Staatsminister Dr. Otto, Landtagspräsident Oberbürgermeister Bodels, Konsistorialpräsident Spies und Landessyndikus Rhamm. Der Ausschuß des Landtages sendete ein Beileidsschreiben an den Prinzregenten und einen prachtvollen Kranz. Zahlreiche Kranzspenden gehen von hier nach Camenz ab.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Oktober. Der Kaiser empfing heute Mittag den König von Serbien und stattete demselben im Laufe des Nachmittags einen Gegenbesuch ab. Der König reist heute Abend nach Belgrad ab. — Der Abgeordnete Dr. Bareuther ist aus dem Verbande der deutschen Volkspartei ausgetreten.

Frankreich.

Im Kolonien-Ministerium sind die Berichte, die Capitän Marchand aus Faschoda im Monat Juli eingesendet hat, noch nicht eingetroffen. Man wird erst aus diesen Mittheilungen die Verhältnisse kennen lernen, unter denen die französische Mission die Besitzergreifung dieses Gebietes vorgenommen hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Regierung keinen Beschluß fassen kann, ehe sie in den Bericht des Chefs der Mission Einsicht genommen hat. Bis dahin können auch die Besprechungen, welche über die Occupation Faschodas zwischen dem pariser und dem londoner Cabinet gepflogen werden, zu keinem praktischen Erfolge führen. Die jüngsten Erklärungen des Kolonien-Ministers Trouillot sind jedenfalls derartig gewesen, daß sie die Polemik, welche über diese Angelegenheit in der englischen und der französischen Presse entstanden ist, nicht verschärft haben. Darüber darf man sich wohl nicht verwundern, daß die Regierung unter den obwaltenden Umständen sich weigert, die heroischen Anstrengungen des Kapitäns Marchand zu desavouiren oder ihm den Befehl zu ertheilen, das Gebiet am oberen Nil, auf dem er sich befindet, zu räumen. Gegen die in gewissen englischen Journalen ausgesprochene Anschauung, daß die französische Mission in Faschoda einen Akt der Feindseligkeit gegen England bedeute, wird in den hiesigen politischen Kreisen protestirt und es wird wiederholt, daß Hanotaux, als er sich für die Mission Marchand interessirte, nichts anderes gethan habe, als der Politik aller seiner Vorgänger in den Fragen, die England und Afrika berühren, nachzufolgen. Man kann es als gewiß annehmen, daß der gegenwärtige Minister des Aeußern, Delcasse, dieser Politik in den eventuellen Verhandlungen über diese Angelegenheit in gleicher Richtung treu bleiben werde. Man betrachtet hier die ägyptische Frage nicht als endgültig abgeschlossen, sondern wünscht vielmehr, daß die Aussprache, die über dieselbe zwischen Frankreich und England stattfinden wird, dazu beitrage, gewisse Mißverständnisse zu zerstreuen, welche um so stärker werden, je länger sie andauern, und zu Complicationen führen können, deren Vermeidung ebenso im Interesse der beiden Länder wie der Civilisation im allgemeinen gewünscht werden muß. Nichts berechtigt zu der Annahme, daß die französische Regierung der Zurückziehung der Mission Marchand's um den Preis einer Gebietsabtretung in Westafrika zustimmen würde.

Paris, 10. Oktbr. Am heutigen Vormittag herrschte überall Ruhe. Die Zahl der Arbeiter, welche die Arbeit fortsetzen, ist dieselbe, wie am Sonnabend. Nur ein Trupp Ausständiger versuchte, auf einem Bauplatze thätige Arbeiter zum Niederlegen der Arbeit zu verleiten. Auf Zureden des den Infanterieposten an dieser Stelle befehligenden Offiziers zerstreuten sie sich jedoch. Die Zahl der Infanterieposten, die die Aufgabe haben, die Ordnung aufrecht zu erhalten, ist heute erheblich vermehrt worden. In der Arbeiterbörse faßten heute Vormittag mehrere Versammlungen Ausständiger den Beschluß, den Ausstand fortzusetzen. Ein Zwischenfall kam nicht vor.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. Okt. Nach den neuesten Bestimmungen werden König Christian, der Zar und sämmtliche männliche Mitglieder der Königsfamilie die Leiche der Königin Luise am Freitag Abend nach Roeskilde begleiten. Vom Bahnhofe nach der Domkirche wird der Sarg von Husaren und Fackelträgern eskortirt. Im Dom wird eine Tribüne errichtet für 90 fürstliche Personen, die der Beisetzung beiwohnen werden.

Türkei.

Konstantinopel, 10. Oktober. Zum Ehrendienst bei dem deutschen Kaiser und der Kaiserin sind der Infanterieinstrukteur Marschall Kamphovener Pascha, der Chef der Militärkanzlei Marschall Schakir Pascha, der Divisionsgeneral Achmed Pascha, ferner Selim Pascha und einige kaiserliche Adjutanten bestimmt. Der Souschef der Militärkanzlei, Divisionsgeneral Abdullah Pascha, reist übermorgen mit Pferden und Wagen nach Haifa, zur Ueberwachung der während der Palästinareise getroffenen militärischen Anordnungen ab. Das Gerücht, wonach die Botschafter vom armenischen Comitee Drohbriefe erhalten hätten, ist falsch. — Der Sultan empfing gestern den Khedive in Abschiedsaudienz. Heute gedenkt der Khedive von hier abzureisen.

Japan.

Yokohama, 10. Oktober. Die Regierung ordnete zum Schutze der Gesandschaft in Peking die Landung von Marinesoldaten an.

Amerika.

Nach dem amtlichen Bericht sind im spanisch-amerikanischen Kriege 280 Mann im Gefecht getödtet worden, während 2565 an Krankheiten starben. Das Verhältniß ist noch schlimmer, als man in den Vereinigten Staaten befürchtet hatte. Tausende sind außerdem als Invaliden in die Heimath gesandt worden, die sich niemals von dem Fieber oder der Ruhr, welche sie sich zugezogen, ganz